

LEITARTIKEL

Wenig Humanität, kaum Ordnung

Europa und Deutschland scheitern beim Umgang mit Geflüchteten am eigenen Anspruchs

Bei keinem anderen politischen Thema klaffen Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander wie in der Migrationsfrage. Das gilt leider für Europa und für Deutschland. Immer wieder versprechen die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker, sie wollten der Fluchtbewegung nach Europa und Deutschland mit Humanität und Ordnung begegnen. Von beidem ist wenig zu sehen.

Die verzweifelte Menschen, die vom afrikanischen Kontinent, aus Syrien oder Afghanistan nach Europa fliehen, treffen auf mit den vielen Flüchtlingen überforderte Staaten und ängstliche Regierungen. Letzteren wiederum sitzen die Rechtspopulisten im Nacken – wenn sie nicht gar schon selbst an der Macht sind. Diese bittere Mischung kostet viele Menschenleben – zuletzt vergangene Woche, als Hunderte vor der Küste Griechenlands mit ihrem überfüllten Boot untergegangen sind und in den Tod gerissen wurden.

„Es gelingt nicht, Ordnung zu schaffen

Die griechische Küstenwache hatte das dramatisch überfüllte Boot daran gehindert, an ihrer Grenze anzulanden. Das ist das Gegenteil von Humanität. Zugleich gelingt es seit Jahren nicht, die Mittelmeerländer zu entlasten und Ordnung zu schaffen bei der Registrierung, der Verteilung und im Fall der Asylablehnung bei der Rückführung in die Heimatländer. Geschweige denn, dass Europa Fortschritte erzielen konnte im Kampf ge-

gen die Schlepperbanden.

Wer es nach Europa geschafft hat, schlägt sich durch. In vielen europäischen Ländern schauen Sicherheitskräfte und Behörden weg, so lange die Menschen weiterziehen. Viele landen in deutschen Kommunen, die inzwischen ähnlich unter Druck stehen wie in der Flüchtlingskrise 2015/16. Das ist das Gegenteil von Ordnung. Von Solidarität spricht in Europa ohnehin schon lange niemand mehr, wenn es um das Schicksal der Flüchtlinge geht.

Europa sollte nicht gegenüber den flüchtenden Menschen, sondern gegenüber den Regierungen der Herkunftsländer härter auftreten. Der Entzug von Entwicklungshilfen und Wirtschaftssanktionen sollten, auch wenn es um Rücknahmeabkommen geht, zumindest als Drohmittel auf den Verhandlungstisch gepackt werden.

In dem Vorhaben, die Flüchtlingsfrage mit den großen Begriffen Humanität und Ordnung zu lösen, ist Deutschland seit 2015/16 nicht wirklich vorangekommen. Anstatt Straftäter konsequent abzuschicken, werden viel zu oft gut integrierte Familien in ihre Heimat zurückgefordert. Für die Behörden ist das leichter, da sich diese Menschen eben nicht dem Zugriff entziehen. Diese Abschiebepaxis muss dringend vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Während es weiter in großem Umfang unregelmäßige Migration gibt, ist kaum ein Bereich so eng und bürokratisch geregelt wie die legale Migration nach Deutschland. Das ist ein Ungleichgewicht, das den Bedürfnissen der Ökonomie komplett entgegensteht. Da haben die Rechtspopulisten natürlich leichtes Spiel.

KOMMENTAR

Populismus in Uniform

Kritik an Claudia Pechsteins Auftritt bei der CDU

Polizeiuniform, Parteipolitik, Populismus – das sind drei Dinge, die sich miteinander nicht vertragen. Wer als Polizist oder Polizistin öffentlich und in Uniform auftritt, sollte das mit Bedacht tun und es unbedingt vermeiden, die berufliche Rolle mit der Politik zu vermischen. Dagegen hat Claudia Pechstein mit ihrem Auftritt beim Grundsatzkongress der CDU am Samstag verstoßen.

Die Eisschnellläuferin hielt dort nicht nur als Profisportlerin eine Rede, sondern ausdrücklich auch als Bundespolizistin. Und sie sprach nicht nur zu Themen des Sports, sondern auch zu Migration, Innerer Sicherheit, Gendern und Familienbildern und schlug dabei mindestens populistische Töne an. Die dunkelblaue Uniform der Polizeihauptmeisterin verlieh ihren

Aussagen zusätzliches Gewicht – und das ist ein Problem. Denn die Polizei muss parteipolitische Neutralität wahren.

Besonders vor dem Hintergrund der Debatten um Rassismus innerhalb der Polizei ist Pechsteins Auftritt geeignet, zu einem weiteren Vertrauensverlust in die Institution beizutragen. Den Bemühungen, sich als Behörde zu präsentieren, in der kein Raum für Rassismus und Homophobie ist, hat Pechstein einen Bärendienst erwiesen.

Dass Polizistinnen und Polizisten sich politisch betätigen und etwa – wie Pechstein 2021 für die CDU – für den Bundestag kandidieren, ist keineswegs ein Problem. Doch unabhängig vom Inhalt ihrer Aussagen sollten sie dabei auf die Uniform verzichten und deutlich machen, dass sie als Privatperson sprechen.

FELIX HUESMANN
ksta-politik@ksta-medien.de

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

Geschlechterrolle rückwärts

Ein traditionelles Männerbild, seit den 1970er Jahren diskreditiert, wird heute wiederbelebt und sogar neu auf die Spitze getrieben



STEPHAN GRÜNEWALD ist Geschäftsführer des Kölner „rheingold“-Instituts. Er schreibt aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen

Jüngere Männer sehen sich als Versorger. Sie zeigen ihre Gefühle nicht, und ein Drittel von ihnen finden Handgreiflichkeiten gegen Frauen in Ordnung. Mit diesen Ergebnissen löste eine aktuelle Befragung der Organisation „Plan International“ vorige Woche in Deutschland Debatten aus. Ungeachtet möglicher methodischer Schwächen der Untersuchung sind die grundlegenden Erkenntnisse alarmierend. Sie decken sich mit unseren Forschungsbefunden. Wir beobachten bereits seit zehn Jahren einen konservativen Rollback in Sachen Männlichkeit, die sich zunehmend durch eine Faszination für autoritäre Strukturen, mehr oder minder offenen Sexismus und die Rückkehr zu vermeintlich überholten Rollenmustern manifestiert.

Erste Anzeichen dieser Entwicklung waren die Rückkehr des wuchernden Vollbarts, der ursprüngliche, authentische Männlichkeit demonstrieren soll. Der Trend zum Craft-Bier markierte eine Rückkehr zu urwüchsigem, originärem und starkem Gebräu mit unverwechselbarer eigener Note und Markanz – nachdem seit den 1990er Jahren das früher so männlich markante Pils immer sektähnlicher serviert worden war: gepflegt, kultiviert, nivelliert. Starke Männer wurden auch auf der Fußball-EM 2016 gefeiert – mit dem Island-Hype und der Auferstehung des Wikingers, der sich in dumpfen Lauten artikuliert und am Spielfeldrand wilde, archaische Tänze vollführt.

Was als Spiel mit Männlichkeitsattributen begann, wird mittlerweile mehr und mehr auf die Spitze getrieben, zum Beispiel in der sehr populären Deutsch-Rap-Kultur, die toxische Männlichkeit in ihren Songtexten feiert. In der Literatur beschrieb der französische Autor Michel Houellebecq in seinem Roman „Unterwerfung“ bereits 2015 mit faszinierendem Grausen

„Als Politiker verkörpert Donald Trump – nicht nur in den USA – den Rollback zur alten Männlichkeit

den Siegeszug des – islamisch geprägten – Patriarchats: Ein charismatischer muslimischer Politiker gewinnt in Frankreich überraschend die Wahl. Er führt ohne großen Widerstand die Bevölkerung wieder die Theokratie, das Patriarchat und die Polygamie ein. Den Männern wird die Vielweiberei erlaubt, und im Berufsleben ist ihnen per Gesetz die lästige Konkurrenz der Frauen vom Hals gestrichen.

Als Politiker verkörpert Donald Trump – nicht nur in den USA – den Rollback zur alten Männlichkeit. Mit Trumps Wahlsieg 2016, den seine sexistischen Äußerungen nicht aufhalten konnten, ist der alte Typ Mann buchstäblich wieder zur Weltmacht gelangt. In der deutschen Politik wiederum arbeitet die AfD seit vielen

Jahren mit ihrem traditionellen Familienbegriff eifrig an einer Restauration des alten Männerbilds.

Auch die Zeiten der Coronalockdowns haben teilweise alte Rollenmuster reaktiviert, und mancher Mann erlangte die Herd-Immunität schneller als die Herden-Immunität. Zurzeit wird das Männerbild vor allem durch Putins Angriffskrieg auf die Ukraine umgewertet. Der kämpferische, todesmutige Mann, der sein Land und seine Familie verteidigt, gilt angesichts der russischen Invasion als vorbildlich. Präsident Wladimir Putin wird international so einer Ikone unbeugsamer Führerschaft. Mit seiner Durchsetzungsstärke und Kompromisslosigkeit, seinen klaren Positionen und seiner Autorität werden Qualitäten des traditionellen, al-

„Auch der »neue Mann« geriet in eine Rollendiffusion zwischen pflegeleichtem Frauenverstehern und Kerl mit klarer Kante

ten Männerbildes wieder hoffähig, die im Zuge der 68er-Revolution zunehmend diskreditiert worden waren. Seit den 1970er Jahren wurde ein postmodernes Bild vom Mann bestimmend, das ihn als weich, reflektiert, empfindsam, nachgiebig, kommunikativ und aufgeschlossen für die Bedürfnisse seiner Partnerin zeichnet. Viele Männer sind diesem Leitbild vor allem in den privaten Kontexten gefolgt, während in den beruflichen Feldern oft die alten Rollenvorstellungen und Machtstrukturen konserviert wurden. Auch der „neue Mann“ geriet in diesem Wandel immer wieder in eine Rollendiffusion zwischen pflegeleichtem Frauenverstehern und Kerl mit klarer Kante. Durch die zunehmende Relevanz der Gender- und Feminismus-Debatten fühlen sich nicht wenige Männer im Kulturwandel zerrieben und mitsamt ihren Potenzsymbolen (Auto, Chefessal, Fleischkonsum) diskreditiert.

Der Sturm von Trumps archaisch auftretenden Anhängern auf das Kapitol in Washington 2021 ist nicht zuletzt Ausdruck eines Kulturkampfes, der auch hierzulande immer stärker bemerkbar wird. In Leipzig beispielsweise zeigt sich das studentische Milieu überwiegend weicher, kämpft gegen jede Form von Diskriminierung, macht sich für Frauenrechte und die LGBTQ+-Bewegung stark, ernährt sich vegan und gendert stolperfrei, während das nicht-studentische Milieu in weiten Teilen AfD-nah ist.

Diese Art Spaltung zieht sich mitten durch die Gesellschaft. Es überrascht daher auch nicht, wenn in der „Plan International“-Studie 52 Prozent der Männer unter 35 Jahren angeben, dass ihre Rolle darin sehen, im Beruf Geld zu verdienen, während sich die Frau um den Haushalt zu kümmern hat.

KOMMENTAR

Internationales Wettrennen

Chiphersteller Intel bekommt vom Staat Milliarden

ANDREAS NIESMANN

Zehn Milliarden Euro sind eine Menge Geld. Man könnte damit Miete und Betrieb aller schwimmenden LNG-Terminals vor der deutschen Küste bezahlen, deutschlandweit jede vierte marode Schule sanieren oder große Teile des Landeshaushalts von Sachsen-Anhalt (13,8 Milliarden Euro) finanzieren.

Die Bundesregierung hat sich nun entschieden, diese Summe an den US-Konzern Intel zu überweisen, damit dieser zwei Fabriken für Mikrochips in Magdeburg errichtet. Angesichts der 150 Milliarden Dollar, die Intel derzeit an der Börse wert ist, löst diese Entscheidung bei vielen Menschen Irritationen aus.

Und es ist in der Tat ärgerlich, dass der US-Konzern offenbar nach Belieben Staatsgelder fordern und auch nachfordern kann, wenn die ursprüngliche Kalkulation nicht mehr aufgeht. Zur Wahrheit gehört aber, dass bei Investitionen dieser Größenordnung ein staatlicher Leih Usus ist, und dass Regierungen weltweit Schlange stehen, um Zukunftstechnologien ins eigene Land zu holen.

Deutschland hat in der Corona-Pandemie und vor allem den Monaten danach schmerzlich erfahren, wie wichtig die sichere Versorgung mit Mikrochips ist. Halbleiter kommen derzeit vor allem aus Taiwan, und niemand kann seriös vorhersagen, wie sich China im Konflikt um die Insel kontrolliert verhalten wird. Gut möglich, dass Deutschland eines Tages noch hilflos über die Chipfertigung im eigenen Land sein wird. Versorgungsgespänge über einen längeren Zeitraum wären für die deutsche Industrie und damit auch den Staat um ein Vielfaches teuer.

KÖLNER STADT-ANZEIGER
Ein DuMont Unternehmen

KÖLNER STADT-ANZEIGER
Herausgeber: Prof. Alfred Neuen DuMont & Christian DuMont Schütte, Isabella Neuen DuMont.
Chefredakteur: Carsten Fiedler.
Stellvertreter: Dr. Sarah Bräse, Martin Dowdett.
Leitender Redakteur: Christian Hummel.
Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).
Chefredakteur: Joachim Frank.
Region: Michael Greuel, Veit Ellerbach (head of Digital), Tim Altenberger.
Landeskorrespondent: Gerhard Voigt (Leitender Redakteur), Neuenstam: Kendra Stenzel.
NEWS: Hendrik Giesler, Maria Dobner.
Wirtschaft: Thorsten Breikopf, Sport: Christian Lohr, Kultur: Anne Burgen, Magazin: Eva Fiedler, Jenny Meyzner, Chefredakteur: Peter Berger, Claudia Lehnen, Otfried Schmalzberg.
Art Director: Nikolas Janitsch, Produktion: Klaus Schröder.
Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.
Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.), RND Berlin-GmbH, Gerd Marro Fenske.
Auslandskorrespondenten: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doerners; Brüssel: Daniel Frass; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höller; Rio de Janeiro: Tobias Kuch.
Nachrichtendienst: dpa, afp, sid, kna.
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@ksta-medien.de
Fax Redaktion: 021 21 224-2324.
Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln, Postbank Köln, IBAN: DE30 3701 0500 0000 2500 0000.
Verlags-Geschäftsführer: Mirco Striwick, Andreas Günther.
Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prima, TV-Magazin zur Zeitung. Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 25 vom 01. Januar 2023 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
Abonnenten-Service: Tel. 021 21 224-6420, Fax 021 21 224-23 32, E-Mail: abo-kundenservice@tageszeitung-koeln.de
Anzeigen-Service: Verantwortlich: Dr. Simon Geisler, Oliver Siebert, Tel. 021 21 9286410, Fax 021 21 224-24 91, E-Mail: anzeigen@tageszeitung-koeln.de
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt.
Köln Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de